

# De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

September 2020

Kommunalwahlprogramm

[www.dkp-koeln.de](http://www.dkp-koeln.de)

# Mieten runter - Wohnraum schaffen

**In Köln ist es schwer, eine erschwingliche Wohnung zu finden und zu behalten. Viele kennen das aus eigener Erfahrung.**

**Leicht dagegen hat es der Vermieter, den Mieter wieder los zu werden. Täglich kommt es in Köln zu Zwangsräumungen. Jährlich sind es 1400. Es werden mehr.**

Die gegenwärtige Überproduktionskrise reizt reiche Leute zu Investitionen in Immobilien. Sie machen Gewinne, die woanders ausbleiben.

Noch hält die Wirtschaftskrise die Luft an. Aber voraussichtlich im Herbst, allemal nach dem Termin der Kommunalwahl in NRW, werden Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit ansteigen. Mieter werden ihre Wohnungen verlieren. Die Gesetzeslage verhindert das nicht, denn sie ist für die Eigentümer und Wohnungskonzerne gemacht. Angesichts dessen fordern wir zunächst mal einen Mietenstopp, eine weitere Stundung von Mietschulden und das Verbot von Zwangsräumungen.

Wir haben es bei der Wohnungspolitik

aber mit tiefer liegenden Problemen zu tun. Denn offenkundig kann der Markt die Probleme nicht lösen. Die letzte Kommunalwahl war am 25. Mai 2014. Angesichts der öffentlichen Empörung über gnadenlose Zwangsräumungen, sahen sich die Kölner Parteien genötigt, den Mietern Versprechungen zu machen:

## **In dieser Sonderausgabe:**

- Mieten runter Wohnraum schaffen
- Städtische Finanzen
- Für eine umfassende Verkehrswende
- Energieversorgung unter demokratische Kontrolle
- Lebendige Alltagskultur für alle

Die SPD plakatierete: *Bezahlbar wohnen in ganz Köln!*

Die CDU: *Wohnraum? Bezahlbare Mieten? Mehr davon!*

Die Grünen: *Wohnen muß bezahlbar sein!*

Die Linkspartei: *Miethaie stoppen! Bezahlbare Wohnungen!*

FDP: *Mehr Wohnungen! Niedrigere Mieten!*

Ganz Köln war mit solchen Plakaten

ändern will, sollte sich an den Artikel 14 des Grundgesetzes erinnern: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig.“ oder auch an Artikel 15: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt,



Dom Brauerei Brache, Alteburger Str.: Außer zig Mio.€ Reibach für Bauwens-Adenauer, seit über einem Jahrzehnt keine neuen Wohnungen!

verklebt. Aber die Wohnungsnot blieb. Die Zahl der Sozialwohnungen sinkt immer noch, die Mieten steigen. Was geht da schief? Haben wir uns verwählt? Das auch, zumal das Konzept von CDU, SPD und FDP sich auf Versuche beschränkte, Investoren anzulocken.

Aber ehrlich gesagt, die Frage, um die es hier geht, steht eher selten bei Wahlen zur Debatte. Es geht um die Frage des Eigentums. Solange die Wohnung eine Ware ist, mit der Gewinne gemacht wird, wird die Wohnungsnot nicht kleiner.

Regierungen und Stadträte verkaufen seit Jahrzehnten öffentliche Wohnungsbestände an private Konzerne. So werden Wohnungen zu Spekulationsobjekten. Wer das

in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“

Bezahlbarer Wohnraum kann nicht entstehen, solange der Wohnungsmarkt von einigen großen privaten Wohnungskonzernen und deren Renditeerwartungen beherrscht wird. Das Menschenrecht auf Wohnen ist eine öffentliche Aufgabe. Dazu ist aber nötig, daß erhebliche Teile des Wohnungsbestands wieder öffentliches Eigentum werden. Dann greift auch die Forderung nach einer Neuen Gemeinnützigkeit, also nach Steuerbefreiung für soziale Wohnungsgesellschaften, die auf Profite verzichten. Erst recht gehören Grund und Boden in öffentliche Hand, damit die Bodenspekulation

beendet wird.

Das alles will die kleine DKP in der Bezirksvertretung Innenstadt wuppen?! Sicher nicht. Gut, wir werden den Finger auf Mißstände legen. Aber vor allem kommt es darauf an, dass die Mieterinnen und Mieter sich selbst rühren, Initiativen bilden, ihre Forderungen öffentlich stellen, informieren und demonstrieren. Und da sind wir allemal dabei. Schon lange. Zuletzt am 20. Juni bei der Aktion „Mietschulden erlassen – Wohnungen für alle!“ auf dem Heumarkt.

*Klaus Stein*

## **Städtische Finanzen**

Unter Hinweis auf eine kommende Rezession hatte Stadtkämmerin Dörte Diemert im vergangenen Sommer anlässlich der Einbringung des Doppelhaushalts 2020/21 (5 Mrd Euro Jahresvolumen), diesen unter Vorbehalt gestellt. Sie sprach von „Zeichen einer deutlich spürbaren konjunkturellen Abkühlung“ und davon, dass Ökonomen vor einer beginnenden Rezession warnen. Sie sollte Recht behalten.

Am 30. März 2020 meldete der Stadtanzeiger eine Haushaltssperre. Tatsächlich vermied die Kämmerin dieses Wort, sie nannte es „Bewirtschaftungsverfügung“. Die Stadtverwaltung dürfe bis auf weiteres nur noch dann Geld ausgeben, wenn sie rechtlich dazu verpflichtet ist. Grund: Die starken Einschränkungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens drohten die Stadtkasse erheblich zu be-

lasten. Steuereinnahmen sinken, gleichzeitig erhöhen sich die Ausgaben für kurzfristig benötigte „Finanzmittel zur Krisenbekämpfung“, teilte der KStA mit. Zudem erwartet Diemert „gravierende Einnahmeeinbrüche“ bei städtischen Unternehmen wie KVB und Messe und bei Kulturstätten wie der Oper.

Auf der Ratssitzung vom 14. Mai wurde Dörte Diemert deutlicher: sie erwähnte die jüngsten Ergebnisse der Steuerschätzung aus Berlin, die bundesweit von einem Rückgang der kommunalen Einnahmen um 11,1% ausgehen, wobei auf die Grundsteuer eine Minderung um 25% entfielen. Der Kölner Haushalt weise einen Anteil der Gewerbesteuer von 30% aus, zwei Drittel der Einnahmen seien konjunkturabhängig. Allein im April habe es bei der Gewerbesteuer einen Rückgang um 155 Millionen Euro gegeben. Das sind fast 12 Prozent des Gesamtansatzes der Stadt Köln. Deshalb habe sie den Mitgliedern des Stadtrats den Entwurf einer Nachtragssatzung zum Doppelhaushalt zugeleitet. Er sieht vor, die Kreditemächtigung für sogenannte Kassenkredite, quasi des kommunalen Dispos, um eine Milliarde auf 2,8 Milliarden anzuheben. Darin sind selbstverständlich nicht die üblichen Kredite oder solche der städtischen Betriebe enthalten. Tatsächlich ist diese Erweiterung des Kreditrahmens am 18. Juni 2020 für dieses und das nächste Jahr einstimmig

und ohne Diskussion beschlossen worden, zumal sich die Kassenkredite schon Ende April auf 1,2 Milliarden Euro beliefen.

Mit dem steilen Anstieg der städtischen Schulden folgt die Stadt Köln nicht nur dem Muster, das Bundesregierung, EZB und die US-amerikanische Zentralbank FED mit ihren Billionenanleihen vorgeben, sondern auch den Zwecken: Priorität hat die Bedienung der Kredite, damit die Banken flüssig bleiben. Weltweit schwoll allein vom letzten Quartal 2019 zum ersten Quartal 2020 mit 258 Billionen Dollar die Gesamtmenge aller Kredite von 320% auf 331% des Weltinlandprodukts an (Institute of International Finance, 16. Juli 2020).

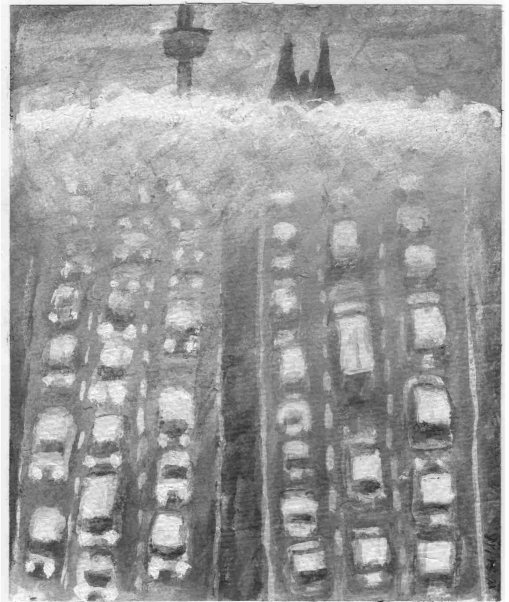
Das herrschende Kreditsystem überträgt wachsende Anteile der städtischen Einkünfte an die Banken. Die Stadt gerät immer mehr unter ihre Fuchtel. „Unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit“ (GG Art. 14) ist die Vergesellschaftung der Banken, ihre Überführung in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle, unausweichlich.

*Klaus Stein*

### **Kommunale Verkehrspolitik in Köln: Für eine umfassende Verkehrswende!**

Nicht erst bedingt durch Corona, stieg die Zahl der privaten Fahrzeuge im Motorisierten Individualverkehr (MIV) auf rund 570.000. Der Anteil des MIV

an der Verkehrsmittelwahl ist unverändert hoch bei ca. 43% und wächst sogar eher noch. Hingegen stagniert der Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bei 21%, ja, durch die Krise sinkt er sogar noch. Die hohen Ziele der Klimanotstands-Gemeinde Köln f. 2035, u.a. Senkung des Anteils des MIV auf 15%, werden so nie erreicht. Angesichts wachsender Fahrpreise, unzureichender Verbindungen und langer Wartezeiten, entsteht auch keine wirkliche Alternative durch den



Walter Stehling, *Smog*

ÖPNV. Ebenso steigen zu wenige auf das Rad um; hohe Unfallzahlen, stressiges Konkurrieren mit Auto und Fußgänger, fehlende Radwege, sind dafür mit die Gründe. Zudem treiben prestigeträchtige U-Bahnprojekte Preise und Kosten weiter in die Höhe. Die DKP Köln-Innenstadt fordert Fahrpreissen-

kungen, ein Sozial- oder 365€-Ticket, sowie eine flächendeckend ausgebaute KVB bis in die Außenbezirke. Umfragen, etwa des Stadtanzeigers (KStA) zeigen, dass die Mehrheit der Kölschen bereit ist umzusteigen, wenn die Verbindungen besser und die Fahrpreise keine Apothekerpreise mehr sind.

Aufgrund der Mietensituation werden die Wege zur Arbeit immer länger, das Verkehrsaufkommen steigt.

Kürzere Wege sind daher eine der zentralen Forderungen der Verkehrsfachleute weltweit.

Die DKP Köln-Innenstadt teilt darüber hinaus die Kernforderungen des „Bündnis Verkehrswende Köln“:

- Keine Ost-West-U-Bahn; hier wird nur Platz gemacht für noch mehr Autos; die Alternative heißt Straßenbahn.

- Eine Promenade vom Heumarkt bis zum Aachener Weiher, Freistellung Neumarkt vom Autoverkehr auf drei Seiten.

- Keine neue Rheinquerung, die ausschließlich für den Autoverkehr nutzbar ist, Ausbau der Bahnquerungen und Errichtung einer Fußgänger/Radfahrerbrücke.

- Wassertaxis und Seilbahnen sind als preiswerte Alternative zu Tunneln und Trassen zu prüfen.

- Ergänzender Einsatz von Expressbussen zur Lückenschließung und Pendler alternative.

- Sichere Fahrradstraßen und Wege, die sich vernetzt durch die ganze Stadt

ziehen.

- Autofreie Bereiche in City und Veedeln mit dem Ziel der Autofreien Innenstadt und Klimagerechte Mobilität bis 2030.

*Walter Stehling*

### **Energieversorgung unter demokratische Kontrolle**

Das Rheinische Braunkohlerevier ist das größte Braunkohlerevier Europas. Vom Kohleabbau bis zur Verstromung wird alles durch den RWE-Konzern über seine Tochter RWE Power betrieben.

Vornehmlich mit dem Verbrennen der Braunkohle zur Stromerzeugung werden hohe Mengen des für die Klimaerwärmung mitverantwortlichen Treibhausgases Kohlendioxid ausgestoßen.

Das RWE verursacht über ein Viertel der CO<sub>2</sub>-Emissionen Nordrhein-Westfalens.

Das RWE ist in Sachen Klimazerstörung ein "Global Player".

- Die fünf heißesten Sommer der letzten 500 (!) Jahre in Europa waren in 2018, 2010, 2019, 2003 und 2016.
- In Grönland schmolzen Mitte der 1990er Jahre jährlich etwa 18 Mrd. Tonnen Eis, 20 Jahre später das 13-fache: 240 Mrd. Tonnen.
- Im arktischen Permafrostboden ist doppelt so viel Kohlenstoff gespeichert wie in der kompletten Atmosphäre. Wenn diese Böden vollständig auftauen, dann entweicht ihnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) und Methan. Das Klima kippt dann, es gibt kein Zurück mehr in heutige oder uns erinnerliche Zeiten. (ISW, Dez.2019)

Zur Verfügung über billige, sprichwörtlich kostenlose Einsatzstoffe zur Energiegewinnung, ist die Energiewende in der Konkurrenz unter den Welt-Wirtschaftszentren eine Schlüsseltechnologie, übrigens eine weitere, in der China auch die Nase vorne hat, und es für den westlichen Teil darum geht, den Anschluss nicht zu verpassen.



Dieser Teil der Welt streitet überhaupt erst um die Etablierung der Energiewende gegen die fossile (und Kern-)Energiegewinnung, bedeutet dies doch die große Hoffnung, die Klimakatastrophe noch abwenden zu können.

Doch Energiewende ist nicht gleich Energiewende. Erbittert wird gefeilscht zwischen konkurrierenden Profitinteressen (Erneuerbare gegen fossile Energiegewinnung) und staatlichen Gliederungen auf allen Ebenen, um die profitabelste Ausgestaltung der Energiewende.

So wie seinerzeit die fossilen Energiekonzerne mit der ganzen Wucht ihres politischen Einflusses die Etablierung der Kernenergie bis zu dem Zeitpunkt verzögerten, zu dem sie selber Atomkraft-

werke betreiben konnten, hintertreiben sie heute die Entwicklung der Erneuerbaren Energien, insbesondere die Bürgerenergiegewende, bis sie endlich selber Windräder betreiben können - in der Nordsee, im industriellen Großmaßstab, als Monopol!

Die Windräder in der Nordsee sind It. Fraunhofer ISE aufgrund des größeren Bauaufwandes, höherer Finanzierungs- und Betriebskosten deutlich teurer als die Stromerzeuger an Land.

Deutlich höhere Kosten! Für die fossilen Stromproduzenten gilt es diesen momentanen Wettbewerbsnachteil bei Strafe des Untergangs zu vertuschen. Zusammen, wie ein Monopol, werfen sie Kraft ihrer Kapitalmacht ihren gesamten medialen, politischen und lobbyistischen Einfluss gegen die preiswertere Bürgerenergiegewende um ihre teurere Stromerzeugung auf hoher See zum Standard durchzuboxen.

Diese Zukunft wirft ihre Schatten bereits voraus.

⇒ Hier liegen die Ursachen für die vielen politischen Entscheidungen, die gegen die Bürgerenergiegewende getroffen werden und die zu verstehen außerhalb des menschlichen Denkvermögens liegt. Z.B.:

„In Nordrhein-Westfalen erhöhte die schwarz-gelbe Landesregierung im Jahr 2005 den Mindestabstand für neu zu bauende Windenergieanlagen zum nächsten Gebäude von 500 m auf 1500 m. Damit brachte sie den Bau von neuen Anlagen fast zum Erliegen. Im Juli 2011 lockerte die rot-grüne Landesregierung (Kabinettskraft I) mit einem neuen Windenergieer-

**Wir fordern**

- Keine Stromabschaltungen bei armen Haushalten!
  - Energiepreise nicht dem Markt überlassen! Die Preise für den kleinen Endverbraucher sind demokratisch nach sozialen Gesichtspunkten festzulegen!
  - Schluß mit der Erdrosselung der Energiewende!
  - Schluß mit dem Braunkohlestrom-export!
  - Wiederherstellung der kommunalen Stimmrechtsmehrheit beim RWE!
  - (Re-)Kommunalisierung der Energieerzeugung, der Versorgung und der Verteilungsnetze!
  - Neue Energien erfordern neue demokratische, anstatt privatwirtschaftliche Steuerungsverfahren!
  - Eingriffe in die Verfügungsgewalt des Kapitals, für gleichzeitigen Aufbau demokratischer Verwaltungsstrukturen!
- Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt!

lass Bestimmungen, die bis dahin den Ausbau der Windenergie gebremst hatten. Die nächste Landesregierung war wieder schwarz-gelb und erhöhte [Stand 12. Juli 2019] auf 1500 m.“ (Wikipedia)

⇒ 2016 waren in Deutschland insgesamt 161.000 Menschen in der Windenergiebranche beschäftigt. Mit dem Einbruch des deutschen Windenergiemarktes fiel diese Zahl laut IG Metall im Jahr 2017 um

26.000 Arbeitsplätze und von 2018 bis Mitte 2019 um weitere 8.000 bis 10.000 Jobs. Diese Zahl mutwillig zerstörter Arbeitsplätze ist erheblich größer, als die in Kohleabbau und -verstromung insgesamt Beschäftigten. *Raimund*

## **Kommunale Kulturpolitik in Köln: Für eine lebendige Alltagskultur für alle!**

Die Teilhabe an Kultur und Bildung ist eng an den Kampf um die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen gebunden. Wer Museen gegen Bibliotheken, Sportplätze gegen Konzerthäuser ausspielt, schadet damit der kulturellen Entwicklung seiner Stadt. Gerade im kulturpolitischen Kampf ist immer zu hinterfragen: Wem nützt das? Ist das für alle zugänglich? Hebt es die allgemeine Lebensqualität? Kann man da auch noch was lernen? Denn das Ziel echter Kunstvermittlung sollte auch immer Erkenntnisgewinn sein.

Die DKP Köln-Innenstadt lehnt ein Auspielen von Hoch- gegen Pop- oder Freie Kultur ab. Im Gegenteil muss auch die Hochkultur den einfachen Menschen zugänglich sein. Genauso, wie die städtischen Museen. Gerade in der Krise darf die Kultur nicht vergessen werden, sind umfängliche Hilfen notwendig. Angesichts der ausufernden Kosten bei den laufenden Projekten, wie etwa Opersanierung, Historisches Archiv und Jüdisches Museum, ist eine grössere Transparenz

### Impressum:

#### **Herausgeber:**

Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt

#### **Eigendruck**

#### **Kontakt:**

vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Walter Stehling,

Bayenstraße 15, 50678 Köln

und die Loslösung von den Interessen der Bauwirtschaft zu fordern. Bei der „Neuen Mitte“ legt die DKP ihr Augenmerk vor allem auf das Zeughaus, dessen Verramschung und Umwandlung zum Luxushotel es zu verhindern gilt. Stattdessen wäre dort, bspw., die Unterbringung der international renommierten Kunst- und Museumsbibliothek zu überlegen. Wir meinen; Kultur darf kosten, denn an ihr misst sich der Lebenswert einer Metropole.

Geld ist genug da, wie die diversen Steuer- und Finanzskandale deut-

lich aufzeigen. Daher:

- Keine Kürzungen bei Bürgerhäusern sondern deren Ausbau als zentrale Träger breiter und preiswerter Angebote in den Stadtvierteln.

- Keine Schliessung von Hallenbädern und Sportstätten. Förderung des Breitensports.

- Keine weitere Schliessung sondern Ausbau und Förderung von Stadtteilbibliotheken und Bildungseinrichtungen. Breitere und verbesserte

Bildungsangebote.

- Besserer und regelmässiger Kunst-, Musik und Sportunterricht an den Schulen.

- Förderung statt Verdrängung von selbstverwalteten Kunst- und Kulturinstitutionen, evt.

Ausbau zu Nachbarschaftszen-

tren. Hilfe zur Selbsthilfe.

- Keine Kürzungen bei Freien Theatern und Projekten.

Die DKP unterstützt in der Krise alle Kunst- und Kulturschaffenden als Teil der Klasse der Werktätigen in ihren sozialen Anliegen.

Was der arbeitende Mensch aber auch braucht, ist eine Kürzung der Arbeitszeit, um überhaupt Zeit zu haben für Gesellschaft und Kultur.

Walter Stehling

### In die Bezirksvertretung im Stadtbezirk Innenstadt



Walter Stehling + Klaus Stein  
Wählt Liste 9

<b>9</b>	Deutsche Kommunistische Partei Walter Stehling Klaus Stein	<b>DKP</b>	
----------	--	------------	--

**Unser nächster Gruppenabend:**

**3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr**

**Casa dei Popoli Bayenstraße 15**

**Schau doch mal vorbei!**